

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Dresden 2640

Ersteinst. Blatt mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellsendung monatlich 3 Mk., durch unsere Vertreter zugetragen in der Stadt monatlich 3.50 Mk., auf dem Lande 3.65 Mk., durch die Post bezogen vierwöchentlich 12.25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Poststellen und Postämter sowie unsere Vertreter und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Insertionspreis 1.50 Mk. für die 6 spaltenige Kopfzeile oder deren Raum, Restzeilen, die 2 spaltenige Kopfzeile 3.50 Mk. Bei Wiederholung und Inseratdruck entsprechender Preisnachlass. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 spaltenige Kopfzeile 4.50 Mk. Nachzahlungsbetrag 50 Pfg. Anzeigenannahme bis zum 11. Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne Erlaubnis ist strafbar. Wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß, ist der Auftraggeber in Haftung gestellt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 253.

Freitag den 28. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Reichskanzler Dr. Wirth bildete auf das Ersuchen des Reichspräsidenten hin eine neue Regierung ohne parlamentarische Koalition.
- Reichsbankpräsident Havenstein weist mit mehreren Beamten in London, um Unterhandlungen über eine englisch-amerikanische Kredithilfe für Deutschland zu führen.
- In München wurde auf den früheren Minister Abg. Auer ein neues Attentat verübt, wobei Auer jedoch nicht verletzt wurde.
- Karl von Habsburg wird wahrscheinlich in Italien interniert werden.

Die neue Reichsregierung.

Da: Kabinett der Persönlichkeiten.

Nach unendlichen Schwierigkeiten gelang es endlich Mittwoch in vorderster Nachmittagsstunde, dem erneuten mit der Kabinettsbildung beauftragten Reichskanzler Dr. Wirth, sein neues Ministerium zusammenzustellen. Als der Reichstag seine Sitzung begann, gab der Kanzler folgende Ministerliste bekannt:

- Reichskanzler und Außenminister: Dr. Wirth (Zentrum);
- Bizanzminister und Schatzminister: Bauer (Sozialdem.);
- Innenminister: Adolf Köster (Sozialdemokrat);
- Wehrminister: Gessler (Demokrat);
- Wiederaufbau: (vorläufig unbefestigt);
- Wirtschaft: Robert Schmidt (Sozialdemokrat);
- Ernährung und Finanzen: Hermes (Zentrum) (nur vorläufig mit den Finanzen betraut);
- Post: Wiesberts (Zentrum);
- Arbeitsminister Brauns (Zentrum);
- Verkehrsminister Groener (bei keiner Partei);
- Justiz: Professor Radbruch (Sozialdemokrat).

Mit Ausnahme des einzigen Demokraten Gessler und des Verkehrsministers Groener, der bisher keiner Partei zugehört wurde, sind also die Persönlichkeiten des neuen Ministeriums lediglich dem Zentrum und der Mehrheitssozialdemokratie entnommen. Sie waren schon in der bisherigen Regierung oder haben früher bereits Ministerposten innegehabt, außer dem mehrheitssozialdemokratischen neuen Justizminister Professor der Rechte Dr. Radbruch, der seit dem Grätzler Parteitag als kommender Mann galt. Ausgeschlossen aus der Regierung sind der bisherige Minister des Innern Dr. Rosen, der Minister des Innern Dr. Gradnauer und der Justizminister Dr. Schirer.

Dr. Wirths Erklärung im Reichstage.

(188. Sitzung.) CA. Berlin, 28. Oktober.

Es dunkelte schon, als Präsident Loebe vor einem dichtbesetzten Hause und vor überfüllten Tribünen die denkwürdige Sitzung eröffnete, in der Stellung genommen werden sollte zu der von der Entente verfügten Zerstückelung Oberschlesiens. Kurz vorher war Reichskanzler Dr. Wirth mit den übrigen Ministern erschienen, neben ihm der Bizanzminister und Reichsschatzminister Bauer, der nächste Platz, der des Reichsfinanzministers, ist einstweilen noch nicht besetzt. Dann erschienen die übrigen Minister, unter ihnen auch der neue Justizminister Dr. Radbruch.

Sitzungsbericht.

Präsident Loebe eröffnete die Sitzung, indem er auf ihre Bedeutung hinwies und dabei die Zerstückelung Oberschlesiens einen schweren, einen vielleicht unvermeidbaren Schlag nannte. Im Anschluß hieran richtete er warme Worte an die Bundesleute, die jetzt zu Polen geschlagen werden sollen. Er hob hervor, daß in den Gebieten, die jetzt zu Polen kommen, 200.000 Erwachsene seinerzeit für das Verbleiben bei Deutschland gestimmt haben. Auch in Zukunft werden diese Hunderttausende von Deutschland sagen: „Dort ist meine Heimat“ und er tief ihnen zu: Treue gegen Treue. Wir geben euch das Gelübnis der Treue, und dieses Gelübnis wird bestehen. Die Worte des Präsidenten machten großen Eindruck. Hierauf folgte eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen.

Reichskanzler Dr. Wirth.

Man darf das Schicksal des Vaterlandes nicht durch eine langwierige Krise auf das Spiel setzen. Die Entscheidung der Botschafterkonferenz legt uns schwere Pflichten auf. Die Alliierten haben sich der Entscheidung über Oberschlesien durch Überweisung dieser Frage an den Völkerverbund entledigt. Nach unserer Auffassung verstoßt das gegen den Wortlaut des Friedensvertrages. Bei der Frage, ob die Regierung sich für die Entsendung eines Unterhändlers mit Polen entscheiden wollte, oder ob sie die angebotenen Zwangsmaßnahmen auf sich nehmen wollte, mußte sie in erster Linie daran denken, die

hunderttausende von deutschen Volksgenossen nicht im Stich zu lassen,

die durch diese Zwangsmaßnahmen bedroht sind. Die bisherigen Leistungen waren nur unter Anspannung aller unserer Kräfte zu vollbringen. Die Voraussetzungen dafür sind aber durch die Teilung Oberschlesiens aufs schwerste erschüttert worden. Eine Übersicht über unsere dortigen

ideellen und materiellen Verluste wird das lehren. An Hand der bekannten Zahlen setzte der Reichskanzler auseinander, wie viele Deutsche an Polen kommen und wie viel Gruben, Hüttenwerke usw. polnisch werden. Der Reichskanzler erinnerte an die große deutsche Mehrheit in Katowitz und Königshütte. Ungeachtet der Größe dieser Mehrheit sollen beide Städte polnisch werden.

Angesichts dessen muß jeder Haube daran schwinden, daß Recht und Gerechtigkeit noch bestehen, und daß dem Selbstbestimmungsrecht der Völker die ihm zukommende Achtung zuteil wird.

Weiter führte der Reichskanzler aus, wie das ganze Wirtschaftsleben durch die Teilung Oberschlesiens in diesem Augenblick auf das schwerste erschüttert worden ist, indem weite Wirtschaftsgebiete in der Welt von einer Krise heimgesucht sind, die sich immerfort noch verschärft. Er erinnerte an die Frage der Arbeitslosigkeit und an die weltwirtschaftliche Aufgabe, die dadurch gestellt ist. Die bisherige Regierung wollte den guten Willen befruchten, um das Mißtrauen zwischen den Völkern zu beseitigen. Sie wollte vor allem ihre Verpflichtungen erfüllen. Von diesem Standpunkt wird auch die neue Regierung nicht abweichen.

Die deutsche Regierung erachtet in der Entscheidung nicht nur eine Ungerechtigkeit, sondern auch eine Verletzung des Versailleser Vertrages. Sie legt gegen diese Rechtsverletzung diejenige feierliche Verwahrung ein, die das Völkerrecht als Schutz gegen Vergewaltigungen kennt. Lediglich durch die Bedrohungen der Entente, und um die Zerstückelung Oberschlesiens zu vermeiden, sieht sie sich gezwungen, die geforderten Delegationen zu ernennen, ohne jedoch ihrer Rechtsauffassung preiszugeben.

Die Regierung kann in ihrer heutigen Erklärung viele wichtige innere Fragen nicht berühren. Die Regierung richtet daher heute die Aufforderung zur Mitarbeit an die Parteien und bittet sie, ihr das Vertrauen auszusprechen.

Die Kanzlerrede fand starken Beifall und der Reichstag trat dann in ihre Besprechung ein, die sich bis in die späten Nachstunden fortsetzte.

Die Aussprache der Parteien.

Abg. Hermann Müller (Soz.) betonte, mit einer Politik der großen Besse ist niemandem gedient. Wir halten es für unsere erste nationale Pflicht, die Wahrheit zu sagen. Er erinnerte weiter an die militärische Niederlage und zog gegen die Zeitungen der Rechten zu Felde. Darob entstand auf der Rechten lebhafteste Erregung, während die Linke dem Redner Beifall zollte. Der Redner führte aus, wenn eine neue Abstimmung in Oberschlesien vorgenommen worden wäre, so würde diese ganz anders ausgefallen als die erste. Auch die polnischen Arbeiter haben, als sie feierlich für Polen stimmten, nicht an den Wahnsinn einer solchen Teilung Oberschlesiens gedacht. Sie würden sonst für das Verbleiben bei Deutschland gestimmt haben. Bei den Abmachungen mit Polen müsse ein wirtschaftlicher Schutz der Minderheit vorgesehen werden. Ganz verfehlt wäre es, nunmehr eine Politik der Rache zu treiben, diese Politik würde sich am Nächsten rächen. Ein von Deutschland ausgesprochener Boykott würde die schlimmsten Folgen haben. Schließlich pflanzte der Redner dem Reichskanzler unumwunden bei. Herr Dr. Wirth habe ein großes persönliches Opfer gebracht und die gewissenlosen Leute, die ihn als Streber hinführen, wären Verleumder. Der Verlust Oberschlesiens sei eine Folge des verlorenen Krieges. Zu berücksichtigen wäre, daß ursprünglich ganz Oberschlesien verloren gehen sollte.

Alsdann sprach für das Zentrum der Abg. Wiska, ein geborener Oberschlesier. Er sprach über die Abstimmung und betonte, daß alle, die sich an der Abstimmung beteiligten, des Glaubens gewesen seien, dadurch werde über das Verbleiben von ganz Oberschlesien bei Deutschland entschieden. Der Redner verbot sich das weitere über oberstaatliche Verhältnisse, zu denen er zahlreiche Einzelheiten gab. Die weiteren Redner äußerten sich je nach der Auffassung ihrer Parteien zu den schwebenden Fragen, doch kommt die Debatte trotz der Ausdehnung der Sitzung bis in die Nacht nicht zu Ende und soll morgen fortgesetzt werden. Nach Schluß der Aussprache soll die Abstimmung über das Vertrauensvotum für die jetzige Regierung stattfinden.

Auf Halbmaß.

(Von unserem händigen Mitarbeiter.)

Berlin, 26. Oktober.

Auf den vier Ecktürmen des Reichstagsgebäudes wehen die schwarz-rot-goldenen Fahnen, die erst seit ganz kurzer Zeit dort an den Sitzungstagen gehißt werden, auf Halbmaß. Es ist ein Trauertag für Volk und Volksvertretung. Der Reichstag soll heute eine Erklärung des Reichskanzlers über die Genfer Entscheidung anhören und soll selbst zu dem Schicksal des unglücklichen ober-schlesischen Landes Stellung nehmen. Auch wenn der Gegenstand der Beratung weniger traurig wäre, würde der Reichstag keine Ursache zur Freude haben. Die Zerrissenheit, die innerhalb seiner Parteien herrscht, ist ein trübes Kapitel. Bei der Neubildung der Regierung hat sich dieser Krebsgeschaden wieder von seiner bedenklichsten Seite gezeigt. Der Reichspräsident hat in dem Schreiben, in welchem er den bisherigen Reichskanzler Dr. Wirth aufforderte, die Neubildung der Regierung zu übernehmen, darauf hingewiesen, daß es bei gutem Willen auf allen Seiten wohl hätte möglich sein müssen, eine große geschlossene Regierungskoalition zu schmieden. Das ist nicht gelungen. Dr. Wirth bildet — zum erstenmal in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus! — eine Re-

gierung ohne parlamentarische Koalition. Man nennt sie ein „Kabinett der Persönlichkeiten“ oder auch ein „Gewerkschaftskabinett“. Die Schwierigkeiten waren auch bei dieser Regierungsbildung enorm, und der Beginn des Reichstages, der auf 12 Uhr mittags einberufen war, mußte wieder Stunde um Stunde verschoben werden, da die Ministerliste immer noch nicht fertig war. Die Aufregung im Parlamentsgebäude erreichte auch heute wieder einen ihrer Gipfelpunkte. Besonders besprochen wurde ein Beschluß der Demokraten, die an alle ihre Mitglieder die Bitte gerichtet hatten, am neuen Kabinett nicht teilzunehmen. Dadurch würden empfindliche Lücken in der morgens ziemlich fertiggestellten Ministerliste gerissen worden sein, die von der bisherigen nur in wenigen Posten abweichen sollte. Die Verhandlungen über die neu zu suchenden Männer und die Verhandlungen mit den Demokraten füllten Stunde um Stunde, und inzwischen rückte der Zeiger weiter vor, immer näher dem Zeitpunkt, an dem der Entschluß auf Entsendung eines Delegierten zu den Verhandlungen mit Polen gefaßt, an dem der Reichstag sein Ja oder Nein zum neuen Kabinett und seiner Politik gesagt haben mußte. . . . Veto.

Geteilte Meinungen.

Pressesäuerungen zum neuen Kabinett Wirth.

Die Worte der Begrüßung oder der Verurteilung, die dem neuen Kabinett Wirth in den Berliner Blättern gewidmet werden, spiegeln noch einmal den Kampf der Parteimeinungen wider, der diese Tage der Regierungskrise durchdringt hat. Während man auf der einen Seite durchaus unzufrieden mit der Art und Weise ist, in der diese Krise gelöst wurde, steigert sich andererseits die Zustimmung zu dem betretenen Wege und gleichzeitig die Polemik gegen diejenigen, die dem wiederernannten Kanzler ablehnend gegenüberstehen.

Die deutsch-nationale Kreuzzeitung erklärt Wirths Wiederkehr unbedingt für schädlich in außenpolitischer Hinsicht. Man werde in London und Paris über die Rücktrittskomodie lachen und die Lehre ziehen, daß das System der Dammenschräuben das einzig richtige ist. Das Blatt meint, durch eine namentliche Abstimmung im Reichstage könne das neue Kabinett leicht zu Fall gebracht werden, und dann stehe der Auflösung des Reichstages und den Neuwahlen nichts mehr im Wege. — Die volksparteiliche Tagesliche Rundschau schreibt: „Das Armutszeugnis, das sich die Parteien der Linken mit der Wiederernennung des politisch so stark belasteten Erzberger-Zinnges ausstellen, zeigt aufs neue die koalitionsmäßige Unfruchtbarkeit des parlamentarischen Systems in Deutschland.“ — Die ebenfalls der Volkspartei nahestehende Deutsche Allgemeine Zeitung erklärt: „Auch das neue Kabinett muß ein Kabinett der Erfüllung sein, das dabei aber nimmer die Unmöglichkeit der Erfüllung in den Vordergrund zu schieben und Mittel und Wege zu suchen hat, aus die Segen von dieser Unmöglichkeit zu überzeugen.“

Von den der Demokratie nahestehenden Blättern meint die Vossische Zeitung, Dr. Wirth hätte den Reichstag auch vor seinem Rücktritt befragen können, und wahrscheinlich wäre dann die Regierungskrise überhaupt überflüssig geworden. Aber Dr. Wirth habe damals wohl innerlich selbst nicht gewünscht, an der Spitze der Reichsregierung zu bleiben. Der politische Mut, den er mit der Annahme der Vertrauensbeweisung hat, werde auch von seinen politischen Gegnern anerkannt. — Das Berliner Tageblatt sieht voraus, daß wir in wenigen Wochen vor neuen innerpolitischen Möglichkeiten stehen, und dann das Problem der großen Koalition, die für Deutschlands politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau eine logische Notwendigkeit sei, brennend werden würde. Das Blatt findet die Lösung der Kabinettskrise keineswegs erfreulich und meint, die Krise hätte sicherlich nicht einen so peinlichen Eindruck nach außen gemacht, wenn das alte Kabinett Wirth nicht vorzeitig seine Demission gegeben hätte. — Das Zentrumsbildet Germania erklärt, es wäre richtig, wenn alle vaterländischen Parteien sich zusammenschließen wollten, gewissenhaft zu erwägen, welches Übel das kleinere sei, die Annahme oder die Ablehnung eines Ententesabots. In der ober-schlesischen Frage aber sei sich unter Protest zu fügen, unbedingt das kleinere Übel, weil wir bei Widerstand gewiß auch das wenige verlieren würden, was man uns in Genf gelassen hat.

Von den sozialistischen Blättern äußert der Vorwärts seine volle Bestrebung über diese Lösung. Er bespricht, daß das Kabinett Wirth nur eine kurze Lebensdauer haben könne und erklärt, die sozialdemokratische Partei treue sich nach den unbeschreiblichen Ergebnissen der letzten Tage doppelt, daß es auch einen mutigen bürgerlichen Politiker gibt, und sie werde mit Dr. Wirth zusammen gern die schwere Last der Verantwortung weitertragen in der Überzeugung, daß die breiten Massen des Volks zu dieser ihrer Regierung sehr noch fester stehen werden als zuvor. — Die unabhängige Freiheit sagt: „Dah man zur Entwirrung des Chaos auf Dr. Wirth zurückgreifen muß, trotz der starken Widerstände, die in allen bürgerlichen Parteien sich erhoben hatten, beweist den Festen der ganzen Krise und wird vielleicht doch den Fraktionsführern die Luft ausstreifen, mit den wichtigsten Interessen des deutschen Volkes und den Rechten des Parlamentes noch einmal Schindluder zu treiben.“ — Die kommunistische Rote Fahne schließlich bezeichnet selbst das neue Kabinett Wirth als eine „verkappte Ententes-Regierung“ und appelliert an die Macht der Massen, um künftig „parlamentarische Schiebungen“ zu verhindern.

Die Auslandskredithilfe für Deutschland.

Reichsbankpräsident Havenstein in London.

Alsbal nach der Abreise des Barons Anton Rothschild aus Berlin, des Chefs des englischen Bankhauses der Rothschilds, wurde die Meldung verbreitet, Rothschild habe einsam und allein in Berlin angetroffen, um einen fami-

hären Besuch zu machen. Von kundiger Seite wurde die Meldung sofort bezweifelt, vielmehr an der Behauptung festgehalten, Rothschild habe ernsthafte Verhandlungen über die Ausbahnung einer englisch-amerikanischen Kreditlinie für Deutschland geführt. Und diese Ansicht scheint sich zu bestätigen, wie aus der Tatsache erhellt, daß der Leiter der Reichsbank nach London gereist ist.

Der Präsident der Reichsbank, Hansenstein, ist mit mehreren Mitgliedern des Verwaltungsrates der Bank in London eingetroffen, wo sie Verhandlungen über wirtschaftliche und finanzielle Abereinkommen führen. Sein Besuch gilt in erster Linie der Fortführung der Besprechungen mit dem Londoner Bankhaus des Barons Anton Rothschild, die dieser persönlich vor einigen Tagen in Berlin eingeleitet hatte, und die auf eine englisch-amerikanische Kreditanleihe für die deutschen Reparationszahlungen abzielen.

In diesem Zusammenhange wird auch erwähnt, daß der New Yorker Finanzier F. D. Vanderbilt, der frühere Direktor der First National City Bank in New York, einer der führenden Wirtschaftstheoretiker Amerikas, der bereits vor einigen Wochen in Berlin war, nach Beendigung seiner europäischen Studienreise wieder in Berlin eingetroffen ist.

Mordanschlag auf den Abg. Auer.

München, 26. Oktober.

An den Schreckenstag des 22. Februar 1919 wurde heute die Münchener Bevölkerung erinnert, als in der Frühe bekannt wurde, daß wieder ein Anschlag auf den bekannten sozialistischen Abgeordneten Auer verübt worden war.

Auer hatte gestern Abend einer Sitzung des sozialdemokratischen Parteivorstandes im Gewerkschaftshaus beigewohnt und ging gegen 12 Uhr mit vier Begleitern am südlichen Friedhof vorbei. Mäßig wurden aus dem Hinterhof des Friedhofes zwei Schüsse gegen ihn abgegeben, die jedoch niemanden trafen. Auer wandte sich herum, zog seine Browning und feuerte fünf Schüsse in der Richtung, aus der gegen ihn gerichtete Schüsse gekommen waren, ab. Er hörte auch einen Knirschen, aus dem er schloß, daß der Täter getroffen sei. Die herbeieilende Schutzpolizei durchsuchte den Friedhof jedoch vergeblich nach dem Attentäter.

In letzter Zeit wurde Auer häufig von verschiedenen Seiten angegriffen, da er dem Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld das Material zur Verfolgung der Geheimorganisationen übergeben hatte. Vor einigen Tagen entstand in einer Versammlung für Ober-Schlesien ein Skandal, als mitgeteilt wurde, daß Auer als Vertreter des Landtages erschienen sei. Auer erhielt seit Übergabe jenes Materials und der öffentlichen Behandlung in der Münchener Post täglich Drohbriefe, die ihm das Schicksal Eisners androhten.

Erinnerung an den 22. Februar 1919.

Der jetzt unverletzt gebliebene Abgeordnete Auer wurde bei dem Überfall in jener Kammerung, die der Ermordung des damaligen Ministerpräsidenten Kurt Eisner am 22. Februar 1919 folgte, schwer verwundet. Als Auer, der zu jener Zeit das Ministerium des Innern

verwaltete, und als Widerpart Eisners galt, in der Kammer Mitteilung von dem Mord an Eisner machte und seinen Absichten ausdrückte, fielen Schüsse, abgegeben von in das Parlament eingebrungenen linksradikalen Fanatikern. Auer wurde in die linke Brustseite getroffen. Abg. Oeser, der bayerischen Volkspartei angehörig, blieb tot auf dem Platze. Verwundet wurden Justizminister Timm und zwei Beamte. Der schwergetroffene Auer schwebte lange zwischen Tod und Leben, genas aber endlich.

In die Verbannung.

Der letzte Akt des Karlistenabenteuers.

Nachdem der Versuch Karls von Habsburg, den ungarischen Thron in einem Handstreich zurückzugewinnen, völlig gescheitert ist, nachdem er selbst mit seiner Gemahlin und mit einem Teil seiner Offiziere und Truppen gefangen, andere seiner Helfer entflohen sind, bleibt nur noch die Frage, was mit ihm nunmehr geschehen soll? In Stallen herrscht allgemein der Wunsch, daß Karl endlich unschädlich gemacht, an einem so weit wie möglich von Ungarn entfernten Ort interniert werde. In politischen Kreisen wird eine

Internierung in Italien

erörtert, da Karl in einem neutralen Lande schwerlich so streng überwacht würde wie in Italien, das an seiner politischen Ausschaltung größtes Interesse hat. Wie verlautet, leitete Italien mit den Ministerien sowie der kleinen Entente hierüber bereits Verhandlungen ein. Vorläufig ist er in einem Kloster am Plattensee in Ungarn festgesetzt worden. In den Gerichten, daß man ihn nach Malta oder St. Helena, den letzten Aufenthalt Napoleons I., bringen wolle, bemerkt der „Temps“: Daß die Entente dem gefangenen Karl nicht nach dem Leben trachten werde, wohl aber werde sie dafür sorgen, daß er keinerlei Schaden mehr anrichten könne. Nunmehr müsse Karl irgendwo interniert werden, wo er den Frieden Europas nicht mehr fördern könne. Doch dürfe man diesen „Zwerg“ nicht nach St. Helena bringen, England könne ihm vielmehr irgendwo ein Asyl anweisen, wo er wieder die Rolle des Verschwörers nach des Märtyrers spielen könne.

Der Schweizer Bundesrat hat beschlossen, die ganze Familie Habsburg und ihr Gefolge auszuweisen, mit Ausnahme der Personen, die zur Pflege der Kinder, die in der Schweiz zurückbleiben, durchaus notwendig sind.

Gegen die Genfer Entscheidung.

Eine bayerische Regierungserklärung.

Nicht nur der Deutsche Reichstag hat seine weithin vernehmbare Stimme erhoben, um vor dem Forum der Gerechtigkeit Klage gegen die willkürliche und widersinnige Zerreißung Oberschlesiens zu führen, auch aus anderen Teilen des Deutschen Reiches, ja selbst aus den neutralen und sogar aus den uns bisher feindlichen Ländern kommen zu den schon bekannten Zeugnissen der Entrüstung und Ablehnung immer neue Kundgebungen hinzu, die den Beschluß des Völkerbundesrates klar und deutlich als das Brandmarken, was er jetzt und immer bleiben wird: als einen unerhörten Verstoß gegen das Völkerrecht und als einen Fehlschluß, der die verhängnisvollsten Folgen für ganz Europa nach sich ziehen muß. So hat jetzt der

Ministerpräsident Graf Lerchenfeld

im bayerischen Landtag eine Erklärung abgegeben, die einen energischen Protest enthält gegen eine Lösung der ober-schlesischen Frage, die wir weder als gerecht noch dem Geiste des Friedensvertrages entsprechend anzusehen vermögen. Auf diesem Boden, so sagte Graf Lerchenfeld, kann keine Veruhigung, kein wahrer Friede gedeihen. Wir möchte diese namentlich gegenüber der letzten Kammerrede des französischen Ministerpräsidenten Briand hervorheben, der von dem Gedanken ganz beherrscht ist, wie Deutschland unschädlich gemacht werden kann.

Unser Volk will Frieden, Arbeit und Brot. Seine Zukunft liegt darin, daß es unter Verzicht auf die Gewaltanwendung seine innere Geschlossenheit und sein Gleichgewicht wiederfindet und daß es seine ethischen Kräfte zur höchsten Entfaltung bringt. Auf diesem Wege wird Deutschland bei allen Völkern, die sich den Sinn für eine gerechte Beurteilung der Verhältnisse gewahrt haben, seine moralische Stellung begründen; deshalb wird, so vertraue ich, sein Protest gegen Vergewaltigung und Unrecht letzten Endes zum Ziele führen.

Stimmen des Auslandes.

Wenn die Worte eines Deutschen jenseits der Grenzen vielrecht nicht das gebührende Echo finden, so möge man sich dort an das halten, was ein führender Staatsmann der Entente, der ehemalige italienische Ministerpräsident Nitti, sagt. Die römische Presse veröffentlicht von ihm einen aufsehenerregenden Artikel, in dem er sich in bestiger Weise gegen den Beschluß des Völkerbundes in der ober-schlesischen Frage wendet und erklärt, daß die Zuerkennung auch nur eines geringen Teiles von Oberschlesien an Polen ein schreiendes Unrecht an Deutschland und eine Vergewaltigung des Völkerrechts sei.

Von ganz anderen Gesichtspunkten ausgehend kommt selbst eine jeder Parteilichkeit gewiß unverdächtige Körperschaft zu dem gleichen Urteil. „Daily Herald“ veröffentlicht eine Kundgebung des Volkswirtschaftsausschusses der Zweiten Internationalen, in der eine Abänderung der Völkerbundsentscheidung in der ober-schlesischen Frage und der wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages gefordert wird.

Neue Schritte Korfants.

Im Warschauer Parlament sprach Korfants als „Zachverständiger“ und betonte, daß ohne seinen Ausstand Polen nur Abnützung und Pleh sowie keine Kreise anderer Kreise erhalten hätte (!). Zu den Wirtschaftsläufen führte Korfants aus, daß eine plötzliche Änderung im ober-schlesischen Wirtschaftssystem verderblich wäre, daß aber die Übergangszeit von fünfzehn Jahren zu lang sei. Die schwerste Bedingung für Polen sei die Beibehaltung der deutschen Baluta für fünfzehn Jahre. Wenn die Deutschen in den Verhandlungen diesen Termin nicht verringern wollten, so könnten sie dazu durch das Steigen der Polenmarkt gezwungen sehen (!). Weiterhin forderte Korfants, in den Verhandlungen darauf zu dringen, daß die Rechte der polnischen Minderheit auch über den Übergangszeitraum hinaus gesichert würden.

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Ungünstige Ausichten für die deutsche Wirtschaft.

Der Monat September hat nach Mitteilungen aus dem Reichsarbeitsministerium einen weiteren Rückgang in der Zahl der unterstützten Erwerbslosen gebracht. Die Zahl der männlichen Vollerwerbslosen ist von 177 000 auf 146 000, die der weiblichen von 56 000 auf 43 000, die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger von 233 000 auf 189 000 gefallen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger, d. h. der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen Vollerwerbsloser, ist von 255 000 auf 211 000 zurückgegangen. Wie bisher, erfaßt die Statistik nicht diejenigen Erwerbslosen, die aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen Unterstützung nicht beziehen, auch nicht die Kurzarbeiter, d. h. diejenigen, die nur für einen Teil der üblichen Arbeitszeit Beschäftigung und daher auch nur einen Teil des üblichen Arbeitseinkommens erhalten. Immerhin ist der Rückgang der Erwerbslosigkeit beträchtlich. Das Wetter begünstigte nach wie vor die Tätigkeit in der Landwirtschaft und im Baugewerbe sowie die Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Noch härter allerdings würde die Lage des Arbeitsmarktes durch den unerhörten Niedergang der Marktlöhne beeinflusst, der wieder die bekannten Folgeerscheinungen: Anghäufung der einheimischen Bevölkerung und starke Belebung des Auslandsgeschäftes zeitigte. Diese Entwicklung muß als durchaus ungesund bezeichnet werden. Erfahrungsgemäß erlahmt die Kaufkraft im Innern bei sinkender Baluta sehr bald, während

Der dritte Schuß.

Kriminalroman, einer wirklichen Begebenheit nachzählt von H. A. von Bern.

In diesem Augenblick trat Sartorius und ein Diener auf den Gang.

„Also, Herr Inspektor Lantow ist in der Halle? Schön, da er Amtsvorsteher ist, können wir demnach gleich das Protokoll aufnehmen.“ wandte sich der Staatsanwalt an den Bedienten, dem er zunächst auf den Hof folgte, um dort an Sudow und Schmidt die nötigen mündlichen Befehle zu erteilen und ihnen die Briefe auszuhändigen.

Als Sartorius in das Schloß zurückkehrte traf er auf Ruth und Ramming.

„Nein, Herr Staatsanwalt, jetzt müssen Sie erst einmal an sich selbst denken, Franz hat schon im Wohnzimmer gebett.“

„Seht liebenswürdig, gnädiges Fräulein, aber erst kommt die Pflicht, das hilft nichts. Dürfte ich mir die Frage erlauben, wo ich alles Nötige finde, um das Protokoll entwerfen zu können?“

„Am besten wohl im Bibliothekszimmer.“

„Gehorsamsten Dank. Du bist wohl so freundlich, lieber Werner, den Inspektor zu rufen? — Er ist gewöhnt, nach Diktat zu schreiben? — Schön, desto besser! — Dann lege Du Dich nur für ein Stündchen hin oder vielleicht gestattet Dir auch Dein Fräulein Braut, ihr Gesellschaft zu leisten, mit dem Schloß wird es, ehe der Arzt da war, doch nicht viel werden.“

Benige Minuten später trat der Inspektor in das Bibliothekszimmer, und während er an dem Tisch Platz nahm, um die Eingangsformeln des Protokolls niederzuschreiben, begann Sartorius, langsam auf und abgehend, die Vorgänge des Abends sich noch einmal deutlich vor die Seele zu rufen.

Bald hörte man seine ruhige, einförmige Stimme in klaren Sätzen sprechen, während die Feder des Schreibenden eilig über das Papier glitt.

Unterdessen waren Ramming und seine Braut in den Salon eingetreten, wo Frau von der Lehe sie bereits erwartete.

Wenn Ramming geglaubt hätte, daß seine Schwiegermutter von den Vorfällen des Abends nach ihrem Gespräch mit Sartorius befragt werden würde, so sah er in dieser Annahme sich getäuscht. Frau von der Lehe sah an einem großen, eingelegten Tisch, auf dem eine wertvolle Sammlung von Stichen alter und neuer Meister ausbreitet war.

Beim Eintritt des Paares schob sie den Karton mit einer lässigen Handbewegung zurück und richtete einen kühl forschenden Blick auf Werner.

„Wo ist denn Herr Doktor Sartorius?“

„Er hat noch verschiedene Amtsgeschäfte zu erledigen.“ antwortete Ruth.

„So, nun, ich muß sagen, das ist ja eine ganz unerwartete Erholung, die ihm in unserem Hause geboten wird! — Jedenfalls etwas Angenehmes! Die Geschichte von Schloß Dobra ist um ein pikantes Kapitel bereichert!“

Der scheinbar ruhige Klang ihrer Stimme wirkte eisig kalt.

„Und dieses romantische Intermezzo verdanken wir Ihnen, Herr Ramming! — Das Traurige an der Sache ist nur, daß auch meine Tochter in diese — diese interessante Angelegenheit hineingezogen wird!“

Ramming, der schon erblaßt war, als ihn Frau von der Lehe nicht wie sonst mit seinem Vornamen angeredet hatte, trat unwillkürlich einen Schritt vor.

„Nun, Sie wollten etwas sagen?“

„Niemand kann es mehr bedauern, als ich, gnädige Frau, daß durch dies tragische Vorwissen meinem Freunde sowohl als auch uns allen Unruhe und Aufregung bereitet wird.“

„Ich muß doch bitten,“ unterbrach Frau von der Lehe scharf, „daß Sie sich selbst und meine Tochter und mich nicht in dieselbe Gruppe stellen. — Ich für meine Person muß nach dem, was ich erfahren habe, diese fragwürdige Auszeichnung ablehnen!“

Ramming war nahe daran, seine Selbstbeherrschung zu verlieren, als er fühlte, wie sich Ruths Hand mit leichtem Druck auf seinen Arm legte; das gab ihm die Herrschaft über sich selbst zurück.

„Ich wiederhole nochmals,“ entgegnete er fest, „daß ich den Unglücksfall am meisten beklage, aber nichts gibt Ihnen, gnädige Frau, das Recht, mich grundlos zu beleidigen!“

„Grundlos? Möglich, daß in Ihren Augen nichts vorliegt, worüber man dieselben Worte verlieren, in unserer Familie herrschen aber andere, strengere Ansichten über Ehre.“

„Ruth!“ schrie Ruth mit lebendem Blick auf Werner auf. „Wider Erwarten wandte sich dieser mit ruhiger Bewegung an seine Braut.“

„Sei unbesorgt, liebe Ruth, ich werde nichts tun, was ich später bereuen möchte. Die Liebe der Mutter löst aber jedes andere Empfinden, auch das der Gerechtigkeit!“ Und sich an Frau von der Lehe wendend fuhr er fort: „Sie berufen sich auf die althergebrachten Anschauungen Ihrer Familie. Aber ein Symbol Ihres Wappens scheint Ihrer Erinnerung und Ihrem Gefühl abhanden gekommen zu sein: die Waage mit der Aufschrift: „Justitia!“

„Ich muß jede unerbetene Belehrung Ihrerseits ablehnen!“ lautete die gereizte Entgegnung.

„Vielleicht würde es mich auch nicht allzuviel Ueberwindung kosten,“ versetzte Ramming mit langsam sich rötendem Antlitz, „auf Ihre Meinung überhaupt zu verzichten.“

„Herr! — — —“

„Aber die Rücksicht auf Ihre Tochter, die ihre Zukunft vertrauensvoll in meine Hände gelegt hat, gebietet mir zu reden. Selbstverständlich steht es Ihnen frei, sich meinen Ausführungen zu entziehen, ich aber werde diese Stelle nicht verlassen, ohne mich gerechtfertigt zu haben.“

„Mutter!“ fiel Ruth ein, als sie sah, daß Frau von der Lehe sich tatsächlich anschickte, das Zimmer zu verlassen. „Du mußt Berners Verantwortung hören!“

„Doktor Sartorius hat mich bereits hinlänglich unterrichtet.“

„Er kann Ihnen aber nur gesagt haben,“ nahm Ramming wieder das Wort, „daß wir das Mädchen tot aufgefunden haben, und daß der Tod wahrscheinlich durch einen Schuß herbeigeführt wurde.“ — „Noch steht nicht einmal diese Tatsache fest, und doch glauben Sie, mich beleidigen zu dürfen! Ganz abgesehen davon, daß ich, selbst angenommen, ein Geschloß habe die Dame getroffen, mit diesem Unfall oder Verbrechen nicht das mindeste zu tun habe!“

„Das ist es aber gar nicht, was mich empört, aber daß Sie noch bis vor kurzem Beziehungen, wenigstens schriftliche, zu dieser — Dame aufrecht erhalten haben, ist Skandalös! — Ich bereue schwer, den Bitten meiner Tochter, als Sie sich um ihre Hand bewarben, Gehör geschenkt zu haben. Jedenfalls kann es Ihnen nicht zweifelhaft sein, was Ihnen die Ehre, auf die Sie sich stützen mit so großem Nachdruck berufen haben, gebietet!“

„Reinst Du damit, Mutter,“ fiel Ruth ein, „daß Werner mit mein Wort zurückgeben soll?“

„Ich dachte, daß der Sinn meiner Worte kaum zweifelhaft sein kann, liebes Kind. Du mußt selbst wissen, was Du Dir, mir und unserem Namen schuldig bist!“

„Ja, Mutter, daß weiß ich! Und gerade deshalb ist es meine Pflicht, aber auch mein Recht, Werner in dieser Zeit beizustehen, sei es auch bis zum bitteren Ende!“

„Ruth!“

„Du brauchst mir jetzt nichts mehr zu sagen, ich weiß alles, und jetzt werde ich handeln!“

Mit leuchtenden Augen hatte Ramming auf seine Braut geblickt, die tollblau, aber doch aufgerichtet vor Frau von der Lehe stand. Sekundenlang herrschte Schweigen, nur das einförmige Ticken der Wanduhr klang durch die Stille, dann wandte sich Ruth langsam um:

„Und nun bitte ich Dich, mich allein zu lassen, auch Du wirst der Ruhe bedürfen, aber was immer kommen mag: ich stehe zu Dir in Not und Gefahr!“

Zögernd beugte sich Ramming herab und drückte einen ehrfurchtsvollen Kuß auf die Hand seiner Braut. Dann trat er hinaus auf den Gang.

(Fortsetzung folgt.)

im Auslande die Gefahr einer Überfättigung des Marktes mit deutschen Waren in die Nähe rückt. Erhebliche Gefahren drohen der künftigen Beschäftigung unserer Industrie. Auch im Hinblick auf die Verteuerung der ausländischen Rohstoffe infolge des Niederganges der Reichswährung. Es ist daher leider zu befürchten, daß die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes schon in Kürze wieder eine ausgesprochen ungünstige werden wird, zumal die Verzerrung des internationalen Wertes der Reichswährung. Es ist daher leider zu befürchten, daß die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes schon in Kürze wieder eine ausgesprochen ungünstige werden wird, zumal die Verzerrung des internationalen Wertes der Reichswährung.

Was wird aus der Mark?

Ein Wirtschaftspolitiker schreibt uns: In den letzten Wochen fiel die Mark andauernd und die Devisen auf ausländische Plätze stiegen entsprechend auf schwindelnde Höhen. Englische Gemüter haben bereits den Zeitpunkt nicht mehr fern, an dem unserer Mark ein ähnliches Schicksal bereitet sein würde wie der polnische Mark, deren Wert überhaupt durch Druckeile ausgedrückt werden kann. Zurzeit ist der Stand ja wesentlich besser geworden, aber es herrscht natürlich absolut keine Sicherheit, daß sich der katastrophale Sturz unversehens wiederholt und damit alle Befürchtungen wieder ins Leben wiederholen. Auch das Beispiel Österreichs mit seiner völlig entwerteten Valuta steht als Scharredenspende vor unseren Augen.

Gegenüber allen dilettantischen Prophezeiungen und unsachgemäßen, häufig von spekulativen Gedankengängen beeinflussten Ratschlägen muß einmal die ganze Frage klar und deutlich dargestellt werden: Die Beispiele Polens und Österreichs besagen an sich nicht das mindeste. Polen ist ein Land, zu dem die Welt, ausgenommen vielleicht Frankreich, im allgemeinen nicht das Vertrauen hat, daß es, auch nach der Zuteilung Oberschlesiens, eine straffe geordnete Staatswirtschaft einführen und die Privatwirtschaft wirksam fördern kann. Zwar ist Polen mit Bodenschätzen reichlich ausgestattet, aber hat es die Protektion Frankreichs und Belgiens hinter sich, aber sowohl die Jahrhundert der früheren polnischen Staatlichkeit, wie die Zustände in den heute polnischen Gebieten sprechen gegen die Annahme, daß den Polen ein staatenbildender und erhaltender Geist innewohnt und daß sie, noch dazu bei ihrem fühlbaren Mangel an Elementen mit guter Schulbildung und verwaltungsmethodischen Kenntnissen, die ihnen zugeleiteten Länder regieren können. Hinzu kommt eine wahnwitzige Schuldenwirtschaft und zwar durchweg Ausgaben nicht für produktive Zwecke, wie es etwa Verwaltung, ländliche Kolonisation, Landeskulturarbeiten usw. sind, sondern zum überwiegenden Teile für ein 600.000-Mann-Heer, das der größte wahnwitzig gewordene polnische Nationalismus immer noch auf den Beinen hält. Diese täglich steigenden Ausgaben haben den Papiergeldumlauf so vermehrt, daß die polnische Mark nur noch den 25. bis 30. Teil der deutschen Papiermark gilt. Und Österreich? Ein von der Entente ganz willkürlich aus der alten Monarchie herausgeschnittenes Gebiet, aller seiner natürlichen Hilfsquellen beraubt, dafür aber mit dem gesamten deutschsprachigen Beamtenbezug belastet, das die österreichisch-ungarische Monarchie für den alten, etwa siebenmal so großen Staat geschaffen und unterhalten hatte. Ein Land, das kein Brotgetreide hat und infolge seiner nicht natürlich gewordenen Landesgrenzen und seiner Trennung von all den eigentlich zu ihm gehörenden Versorgungs- und Absatzgebieten überhaupt auf die Dauer gar nicht existenzfähig ist.

Andererseits Deutschland. Es besitzt in seinen verschiedenen Bodenschätzen, Fabriken, Staatsforsten und Domänen Werte, die auch bei dem heutigen Notenumlauf noch keineswegs als überschuldet gelten können. Es hat in seinen durch eine gute Schulbildung und eine auf der Höhe der Zeit stehende technische Ausbildung gelangenen Massen der schaffenden Bürger und Arbeiter einen Wohlstand, in dem ihm kein europäischer Staat voraus ist. Wenn trotzdem die Mark nur einen Bruchteil ihres früheren Wertes besitzt, so liegt das u. a. darin, daß durch den verlorenen Krieg mit seinen Nebenwirkungen und Jahre hindurch gehenden direkten Nachwirkungen unsere Staatsfinanzen erschüttert wurden und unser Geldumlauf vervielfacht worden ist. Im Auslande zirkulieren mindestens oder liegen fest in den Händen von großen Spekulanten und Industrievereinigungen 80 Milliarden deutscher Reichsmark, die einen fähigen Druck auf den internationalen Geldmarkt ausüben und natürlich den Kurs der Mark dadurch niedrig halten. Gelänge es, mit allen diesen Staaten Abkommen zu treffen, durch die diese gewaltigen Markbestände „gebunden“ und auf eine Reihe von Jahren in Anleihenform umgewandelt werden, so würde der internationale Geldmarkt in bezug auf die Mark von einem wesentlichen Druck entlastet, und die Spekulanten auf die Niedrighaltung der Mark hätten einen starken Rückhalt verloren. Die anderen Gründe unseres Marktniederganges sind natürlich nicht so leicht zu beheben. Unser Außenhandel ist zum großen Teil zerstört, weil wir im Kriege unsere überseeischen Absatzmärkte verloren haben, die wir uns erst ganz mühsam wiedererobern müssen. Außerdem scheiden wir für einen großen Teil des Außenhandels auch deshalb aus, weil wir mit unserem Papiergeld die teuren ausländischen Rohstoffe nicht mehr kaufen können, die wir früher weiterverarbeitet und in veredelter Form wieder ausgeführt haben. Infolgedessen, ferner durch den Fortfall der Einnahmen aus unserer Handelsflotte und weil wir auf den Teil der Einfuhr, der lebensnotwendige Gegenstände wie Zuschüsse zu unserer Brotgetreideversorgung, Fette usw. betrifft, nicht verzichten können, überwiegen die Beträge, die wir dem Auslande für die Einfuhr zu zahlen haben, die andern, die unsere Ausfuhr wieder einbringt. Und wir haben somit zu unserem Schaden eine „passive Handels- und Zahlungsbilanz“, so daß zur Verzerrung der Saldo in internationalen Zahlungsverkehr nicht vom Auslande deutsche Mark, sondern von uns fremde Zahlungsmittel zu natürlich steigenden Preisen aufzukaufen werden müssen. Außerdem müssen wir noch die fremden Devisen kaufen, mit denen wir die vierteljährlichen Reparationskosten abzahlen müssen. Hier können aber wenigstens teilweise und fühlbare Erleichterungen dadurch erreicht werden, daß durch energische Reichsmaßnahmen die Industrie gezwungen wird, die bei ihr angedehnten Devisen nicht, wie jetzt zumeist üblich, bei ausländischen Banken liegen zu lassen, sondern von dem Betrag der in Auslandsverehrung fakturierten Exportwaren, der die Anschaffungskosten für neue Rohstoffe übersteigt, mindestens die Hälfte dem Reich direkt zum Ankauf anzubieten. Dann brauchte das Reich einen erheblichen Teil seiner Devisen nicht auf der Börse zu kaufen und würde sich dort, wo die Spekulation seine Zwangsfrage ausnützt, die Preise nicht wie bisher unmäßig hinaufreiben lassen. Außerdem müßten außer-

ordentlich strenge gesetzliche Maßnahmen gegen Devisenspekulanten ergriffen werden, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß das rasche Steigen fremder Devisen in der letzten Zeit auch zum Teil auf das schamlose Treiben der Spekulation zurückzuführen ist, die mit ihrem Börsenspiel in Dollardevisen den Markkurs künstlich gedrückt hat.

Die Abtrennung Oberschlesiens, die wahnwitzigen uns auferlegten Forderungen des Versailler Vertrages müssen allerdings auf die Dauer eine nachhaltige Erholung der deutschen Mark bereiten. Aber für jeden politisch und wirtschaftlich Denkenden ist es klar, daß dieser Vertrag die nächsten zehn Jahre nicht überleben wird. Denn das würde die völlige Ausschaltung Mitteleuropas vom internationalen Warenmarkt bedeuten und schließlich die Entente-Länder, und insbesondere Amerika, das im Frieden 18 Prozent seiner Ausfuhr nach Deutschland schickte, in die schwersten, heute schon in der großen englischen Arbeitslosigkeit sich ankündigenden wirtschaftlichen Krisen stürzen. Die weltwirtschaftliche Solidarität der Länder wird zuletzt das Werk der Revision des Versailler Vertrages erzwingen!

Deutschland ist, im Gegensatz zu Polen und Österreich, ein einheitliches Gebiet von so starker Lebenskraft und Energie, daß es nie mehr zum völligen Erliegen kommen kann. Und darin liegt letzten Endes die Gewähr, daß, wenn auch die polnische Mark den Nullpunkt erreichen, wenn auch die österreichische Krone ihren Tiefstand beibehalten mag, die deutsche Mark nur für verhältnismäßig kurze Zeit auf dem jetzigen Stand bleiben kann. Entgegen den Spekulantens, die heute die Mark ins Bodenlose stürzen möchten, um dabei Geschäfte zu machen, bauen wir im letzten Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands auch auf den Wiederaufstieg seiner Währung.

Eine verhängnisvolle Ohrfeige.

Warum in Marokko der Aufstand ausbrach.

Der Leiter des Aufstandes der Marokkaner gegen die spanische Herrschaft in und um Melilla ist ein gewisser Abd-el-Kerim, der bis vor wenigen Monaten noch der beste Freund der Spanier war und in der Verwaltung der letzten spanischen Kolonie sogar einen Vertrauensposten bekleidete. Wie es nun dahin kam, daß Abd-el-Kerim aus einem eifrigen Anhänger der Spanier ihr erbittertester und gefährlichster Gegner wurde, das wird jetzt von spanischen Blättern in folgender Weise erzählt: Abd-el-Kerim war einst in Madrid, wo er die Rechte studierte, eine sehr bekannte, beinahe populäre Persönlichkeit. In der Madrider Hochschule machte der „Wissenschaftler“ wie irgendein jüdischer Europäer seinen Doktor und wurde dann ein ganz geriffener Rechtsanwalt. Der stattliche, wohlbeleibte Mann mit dem rötlichen Haar erregte in Spaniens Hauptstadt schon wegen seiner äußeren Erscheinung nicht geringes Aufsehen.

Im Jahre 1913 ging Abd-el-Kerim, der damals ungefähr 40 Jahre alt war, nach Mexiko, wo er vom General Jordan zum Chef der Eingeborenenpolizei ernannt wurde. In dieser Eigenschaft bewährte er sich als Freund und Ratgeber der spanischen Regierung. Nach Ausbruch des Weltkrieges ergriff nun Abd-el-Kerim in äußerst lebhafter Weise Partei für die Sache Deutschlands und nahm eine geradezu feindselige Haltung gegenüber Frankreich ein. Die französische Regierung fühlte sich durch diese Stellungnahme des einflussreichen Mannes sehr beunruhigt und unternahm einen freundschaftlichen Schritt in Madrid, damit die spanische Regierung beruhigt auf die leicht erregbaren Gemüter der Marokkaner einwirkte. Das führte allmählich zu einer gewissen Verständigung zwischen Abd-el-Kerim und den spanischen Behörden.

Im Vorwinter dieses Jahres aber geschah folgendes: Eines Tages erschien General Sylvestre, der damalige Kommandant von Melilla, im Bureau Abd-el-Kerims, um den Marokkaner aus einem geringfügigen Anlaß zur Rede zu stellen. Dabei kam es schließlich zu einem heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf der General, der wegen seines Jähzornes bekannt und gefürchtet war, den Volkstempel nicht nur gräßlich beschimpfte, sondern sogar mit Ohrfeigen traktierte. Und schließlich jagte er ihn aus dem Amt. Abd-el-Kerim wusch sich das Blut ab, das ihm infolge der Mißhandlung aus der Nase rann, und soll dann mit dem blutigen Finger ein Zeichen an dem Hause des Generals gemacht haben. Sicher ist, daß er einen heiligen Eid darauf ablegte, daß er den Schimpf nach marokkanischer Sitte rächen werde.

Und er hielt den Schwur. Am 23. Juli wurde die spanische Truppenmacht, die unter dem Kommando des Generals Sylvestre zur Niederwerfung des kurz vorher ausgebrochenen Aufstandes ausgesandt worden war, von den Marokkanern zersprengt und in die Flucht geschlagen. Sylvestre fiel dabei in die Hände seines Todfeindes, der an ihm eine barbarische Rache nahm: er ließ den General den Kopf abschneiden, der sodann auf einem Speck im Triumph durch die Reihen der Kämpfer getragen wurde. Andererseits wird mancherlei über den Gelmut des Rebellenführers, der gegen Spanien selbst keine Gefühle des Hasses hegen soll, erzählt. Neben dem General Sylvestre fiel der Oberst Morales, mit dem Abd-el-Kerim von früher her eng befreundet war. Der Marokkaner ließ den Leichnam des Obersten bergen und verfrachtete den Kommandanten von Melilla, damit die Leiche abgeholt und in die Heimat gebracht würde. Er selbst begleitete mit einer Schar eingeborener Notabeln den toten Freund bis zur Küste, und die Aufständischen leisteten, als sich das spanische Schiff näherte, der spanischen Flotte die Ehrenbegegnung. Und so hat es Abd-el-Kerim noch einmal gehalten. Wenn sich unter den gefallenen Spaniern jemand befand, den er gekannt hatte, so unterrichtete er sofort die Angehörigen durch ein besonderes Schreiben von dem traurigen Ereignis und fügte sein herzlichstes Beileid hinzu. Diese Briefe sind — mittels der Schreibmaschine hergestellt und tragen die eigenhändige Unterschrift Abd-el-Kerims.

Welt- und Volkswirtschaft.

Wieviel sind 100 Mark wert?

An den nachstehenden ausländischen Börsenplätzen wird gegenwärtig für 100 deutsche Mark gezahlt:

	Beider Kurs	Vorleser Kurs	Kurs vom 1. 7. 1914
Amsterdam	Gulden	1,75	53,52
Stopenhagen	Kronen	3,11	88,88
Wien	Schilling	53,58	58,93
Berlin	Marken	1187,84	1201,92
Paris	Franken	—	2,30
London	Pfund	8,27	8,52
Brüssel	Belgische Mark	3,04	3,08
Neuwort	Dollar	15,29	15,48
		—,80	—,80

* Maßregeln zur Kartoffelnot. Das Reichsverkehrministerium läßt dem Vernehmen nach in Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Mecklenburg eine Sperrung des Straßenverkehrs der Eisenbahn einrichten. Die hierdurch freierwerdenden Wagen sollen ausschließlich zu dem Transport von Kartoffeln verwendet werden. Man erhofft dadurch eine Senkung der Preise.

* Berliner Produktionsliste vom 26. Oktober. (Nichtamtlich.) Langstroh 24—27, Weizen- und Roggenpreßstroh 26 bis 27, Haferpreßstroh 31—33, Maschinenstroh 23—26, Häckel 29—31, Weizenheu 60—62, Feldheu 70—80, Kleeheu 100—105, Widen 215—225, Ackerbohnen 200—210, Weizenkleinmehl 130—135, Zorfmehl 82—85, Weizenmehl 140—145, Haferkleinmehl 93—103, Trebermehl 137—142, Palmkernmehl 135—143, Katosuchen 196—198, Palmkernkuchen 129—131 für 50 Kilogramm ab Verladeeffekt.

* Was Deutschland in Amerika kauft. Der letzte Bericht des amerikanischen Handelsamtes zeigt, daß Deutschland trotz der Entwertung der Mark heute bereits wieder der britische Kunde Amerikas unter seinen europäischen Kunden ist. Aus Deutschland regnet es nachgerade Aufträge für Rohmaterial, und zwar im Verhältnis von drei Vierteln der Aufträge aus Frankreich und einem Viertel aus England. Deutschland kauft für mehr als eine Million Dollar täglich Baumwolle aus dem Süden, Kupfer aus dem Westen und Nordwesten, Schmalz, Öl, eine geringe Menge leichter Maschinen, Tabak und kondensierte Milch.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Warum man keinen Frieden hat.

Paris, 27. Okt. (tu.) Der Rasin veröffentlicht heute morgen einen Funkspruch seines Korrespondenten, der den Marschall Foch nach Amerika begleitete. Der Korrespondent habe den Marschall gefragt, wie er sich die künftigen Antraben in Europa erkläre. Der Marschall erwiderte, man habe den Frieden nicht abgeschlossen, wie er abgeschlossen werden sollte, deshalb darf man sich nicht wundern, wenn der Krieg weitergeht.

Die Tschecho-Slowakei als Entente-Bündel.

Prag, 27. Okt. (tu.) In der gestrigen außerordentlichen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte der Ministerpräsident Dr. Benesch, er müsse darauf betonen, daß durch die Gefangenennahme des Erzherzogs Karl die allgemeine Lage sich nicht in geringsten geändert habe, da es sich nicht um die Person und die Dynastie, sondern um ein gewisses System in Europa überhaupt handelt. Es wäre der größte Fehler zu glauben, daß die Sache durch die Einschließung Karls erledigt ist. Dr. Benesch erklärte zum Schluß, er werde alles tun, damit die Liquidierung mit den günstigsten Mitteln erfolge. Er werde bis an die äußerste Grenze gehen, um nicht die energischsten Mittel anwenden zu müssen, aber er müsse betonen, daß die Regierung vor den schärfsten und energischsten Maßnahmen nicht baltmaden werde. Das Vorgehen erfolge im Einvernehmen mit der Großen und Kleinen Entente.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 27. Oktober.

— Rotgeld. Bekanntlich hat mit Ende September das von den sächsischen Bezirksverbänden und Gemeinden ausgegebene Rotgeld aufgehört, gültiges Zahlungsmittel zu sein. Die Ausgabestellen der einzelnen Rotgeldgattungen haben die Scheine jedoch noch bis zum Jahreschlusse zum Nennwert in Zahlung zu nehmen und einzulösen. Um der Bevölkerung entgegenzukommen und ihr unnötige Kosten zu ersparen, wäre es wünschenswert, wenn die Gemeindebehörden eine Stelle einrichten und bekanntgeben würden, die die Rotgeldscheine der verschiedenen auswärtigen Ausgabestellen einlösen und dann gesammelt den Ausgabestellen übergeben. Wie wir hören, ist für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Reichen bei der Kasse der Amtshauptmannschaft Reichen eine solche Stelle eingerichtet worden.

— Der Postdienst am Reformationsfest. Am 31. Oktober (Reformationsfest) sind die Postkassen wie an Sonntagen geöffnet. Die Orts- und Landbriefbestellung erfolgt ebenfalls wie an Sonntagen mit der Maßgabe, daß in Postorten auch Wertsendungen und Pakete zur Abtragung gelangen.

— Eisenbahn-Güterverkehr. Die Gütersperre nach Grimmschau, Hamburg, Altona, Hannover-Nord, Hannover-Süd und Hannover-Lindenau, Düsseldorf, Hagen, sowie für Güterübergang Holzwickede ist aufgehoben. Bis 17. November besteht Sperre für leere Packmittel; ausgenommen sind Packmittel für Lebensmittel.

— Der Landwirtschaftliche Verein Wilsdruff hielt gestern nachmittags 4 Uhr im „Adler“ eine sehr gut besuchte Versammlung, die sich hauptsächlich mit der Kartoffelfrage beschäftigte. Der Vorsitzende, Herr Rittergutspächter Böhm, legte den Anwesenden dringend ans Herz, soviel wie möglich Kartoffeln jetzt zu verkaufen und in erster Linie die Bevölkerung des Bezirks und Weinböden und Coswig zu beliefern. Auch die Stadt Freital wolle jetzt Kartoffeln haben, nachdem sie im September auf sein Angebot antwortete, daß sie sich dieses Jahr nicht damit befaße. Ähnliche Klagen wurden auch aus der Mitte der Versammlung laut. Darnach hatten die Betriebsräte der Coswiger Industriewerke erst verschiedentlich Kartoffeln bestellt und dann wieder abbestellt, so sie mit einem Händler abgeschlossen hätten. Jetzt sei der Händler außerstande zu liefern und die Rot sei deshalb groß. Am Sonnabend seien gegen 150 Arbeiter der Coswiger Kunstleder- und Schnellpressfabrik in Kleinshöndberg, Klipphausen und Sachsdorf gewesen, um Kartoffeln zu kaufen. Während in Klipphausen und Sachsdorf nur von lokaler Austreten berichtet werden konnte, sind die Arbeiter in Kleinshöndberg gegenteilig aufgetreten. Sie haben bei verschiedenen Landwirten den Eintritt in die Keller erzwungen, die Kartoffeln abgeschätzt und einfach die Hälfte für 48 M für den Zentner als gekauft erklärt und „beheimigt“. In einem Halle seien sie über das verschlossene Postfach gestiegen und hätten daselbe von innen geöffnet. Darüber ist Anzeige erstattet worden. Schließlich forderte Herr Böhm auf, alle noch verfügbaren Kartoffeln der Landwirtschaftlichen Bezugs- und Abgabengesellschaft Wilsdruff anzubieten, die die Belieferung besonders bedrängter Gemeinden und Freital besorgen wolle. Eine weitere Anregung des Herrn Böhm, die Rot der Kleinrentner durch eine Kartoffelspende etwas zu lindern, fand beifällige Zustimmung. Jeder Landwirt möge 1, 2 oder mehr Zentner unentgeltlich im Rittergut Wilsdruff abliefern. Die Verteilung erfolgt durch den Landwirtschaftlichen Verein selbst mit Hilfe des Vereins der Kleinrentner und des Freitaler Vereins. — Ueber Welen und Wirten der Technischen Hochschule sprach zum Schluß der Leiter derselben, und Vortragsaufnahmen vervollständigten seine Worte.

— „Brudergesellschaft“-Konzert. In dem am 30. d. M. im Lindenstädtchen und am 31. d. M. in Klipphausen (Wiederholung) stattfindenden Konzert werden die Karten schon betort verkauft, daß es voraussichtlich kurz vor dem Konzert keine mehr geben wird. Der Verein hat zur Mitwirkung Frau Helbe Wagner-Schneer (Alt) gewonnen und geht ihr ein guter Ruf

